

Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version eforms-de-2.1

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Königs Wusterhausen, Dezernat Finanz- und
Verwaltungsmanagement, Amt Verwaltungsmanagement,
Sachgebiet Vergabe/Vertragsmanagement

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Kommunalbehörden*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Stadt Königs Wusterhausen, Rahmenvereinbarung Fahrradleasing für die
Beschäftigten
der Stadt Königs Wusterhausen

Beschreibung: Die Stadtverwaltung Königs Wusterhausen beabsichtigt als
Auftraggeberin für ihre ca.
705 Tarifbeschäftigten und verbeamteten Beschäftigten (zusammengefasst Beschäftigte)
durch Entgelt- / Besoldungsumwandlung das Fahrradleasing anzubieten. Grundlage ist
der Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung zum Zweck des Leasings von Fahrrädern im
kommunalen
öffentlichen Dienst (TV-Fahrradleasing) vom 25. Oktober 2020 und das
Brandenburgische
Besoldungsgesetz § 2 Abs. 3. Die Stadt Königs Wusterhausen sucht einen zuverlässigen
Leasingpartner, der im Rahmen des Radleasings die administrative Abwicklung des
Leasings
und die Bereitstellung von Versicherung-, sowie Service- und Wartungspakete in
digitaler
Abwicklung für die gesamte Vertragslaufzeit von maximal 36 Monaten übernimmt. Die
entsprechenden Rahmenbedingungen für alle zukünftigen Einzelleasingverträge sind in
der beigefügten Leistungsbeschreibung festgelegt. Geschätzte Abnahmemenge: ca. 40-
45
Fahrräder Der Höchstwert der abzuschließenden Einzelleasingverträge wird auf 75
festgesetzt.
Es wird keine Mindestabnahmemenge an geleasteten Fahrrädern festgelegt. Die Anzahl
der
Verträge richtet sich nach dem tatsächlichen Bedarf. Mit Erreichen der verbindlich
vorgegebenen Höchstmenge an Fahrrädern verliert die Rahmenvereinbarung ihre
Wirkung,
ohne dass es einer Kündigungserklärung bedarf.

Kennung des Verfahrens: 26b0c61d-42fd-41fb-84dc-cc8bbdcdbd8e

Interne Kennung: 2026-001-OV

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 66114000 *Finanzierungs-Leasing*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34430000 *Fahrräder*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34422000 *Fahrräder mit Hilfsmotor*

2.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Schlossstraße 3

Ort: Königs Wusterhausen

Postleitzahl: 15711

NUTS-3-Code: *Dahme-Spreewald (DE406)*

Land: *Deutschland*

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP9YHWHFDH#

Vergabeplattform ist der Vergabemarktplatz Brandenburg. Wir bitten Sie, sich auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg kostenfrei freizuschalten bzw. zu registrieren, um die dort bereitgestellten Unterlagen für die Erstellung Ihres Angebots zu nutzen. Ein postalischer Versand erfolgt nicht. Auskünfte werden ausschließlich auf in Textform eingereichte Fragen über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform erteilt. Bitte beachten Sie, dass für die Kommunikation über die o. g. Online-Plattform eine Registrierung erforderlich ist. Eine Registrierung stellt weiterhin sicher, dass Bewerber/Bieter insbesondere über Änderungen in den Vergabeunterlagen und über Stellungnahmen zu eingehenden Fragen unverzüglich informiert werden. Sämtliche Informationen werden auf den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform hinterlegt und sind Teil der Vergabeunterlagen. Diese sind bei der Erstellung der Angebote zu berücksichtigen. Fragen sollten bis spätestens 6 Kalendertage (Tag der Abgabe ausgenommen) vor Ablauf der Angebotsfrist über den Kommunikationsbereich eingereicht werden. Bewerber/Bieter, welche sich bei diesem Verfahren nicht registriert haben, weisen wir darauf hin, dass eine automatische Benachrichtigung von Änderungen, sonstige Informationen oder Nachsendungen nicht erfolgen. Dem Bewerber/Bieter obliegt die Pflicht der Informationsbeschaffung. Da ausschließlich die elektronische

Angebotsabgabe
zugelassen ist, sind die Angebote zwingend über das Bietertool der o. g.
Vergabeplattform
einzureichen, andernfalls ist das Angebot zwingend auszuschließen. Es wird
darauf
hingewiesen, dass Angebote, welche über E-Mail oder über den Bereich
"Kommunikation"
des Vergabemarktplatzes eingereicht werden, nicht berücksichtigt werden, da
diese
nicht die notwendige Verschlüsselung aufweisen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung*

Bildung krimineller Vereinigungen:

Bildung terroristischer Vereinigungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug oder Subventionsbetrug:

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung:

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben:

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Insolvenz:

Einstellung der beruflichen Tätigkeit:

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren:

Schwere Verfehlung:

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen:

Interessenkonflikt:

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung:

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags:

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens:

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Stadt Königs Wusterhausen, Rahmenvereinbarung Fahrradleasing für die Beschäftigten der Stadt Königs Wusterhausen

Beschreibung: Weitere Informationen sind dem Leistungsverzeichnis / der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

Interne Kennung: 2026-001-OV

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 66114000 *Finanzierungs-Leasing*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34430000 *Fahrräder*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34422000 *Fahrräder mit Hilfsmotor*

5.1.2 Erfüllungsort

Postanschrift: Schlossstraße 3

Ort: Königs Wusterhausen

Postleitzahl: 15711

NUTS-3-Code: *Dahme-Spreewald (DE406)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monat

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: *Noch nicht bekannt*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: **nein**

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): **nein**

Zusätzliche Informationen: Die Vertragslaufzeit der Rahmenvereinbarung mit dem Auftragnehmer / der Auftragnehmerin beträgt 36 Monate. Die Laufzeit der jeweiligen Einzelleasingverträge für die Beschäftigten beträgt maximal 36 Monate. Aufgrund der festen Laufzeiten der Einzelleasingverträge

sind die jeweiligen zu erbringenden Leistungen aus diesen Verträgen auch nach Ablauf der Rahmenvereinbarung bis zum Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit zu erbringen.
Die Rahmenvereinbarung soll zum ersten des Monats nach der Zuschlagserteilung beginnen.

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Genehmigung oder Mitgliedschaft in einer bestimmten Organisation erforderlich für Dienstleistungsverträge*

Beschreibung: Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in ein amtliches Verzeichnis (Präqualifikationsverzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards.
Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot entweder das ausgefüllte VHB Formblatt 124_LD "Eigenerklärung zur Eignung" oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in dem amtlichen Verzeichnis (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" bzw. in der EEE genannten auftragsspezifischen Einzelnachweise bzw. Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Verweise auf das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV) sind zugelassen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Mit dem VHB Formblatt 124_LD werden folgende

Angaben/Unterlagen

gefordert: - Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach den §§ 123 und 124 GWB. - Eine vollständige Kopie des Berufsregisters (bspw. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Handwerksrolle o.ä.) und des Handelsregisterauszuges und die Gewerbeanmeldung, je nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist (§ 44 Abs. 1 VgV) ; - Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft, d. h. zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes gültiger Nachweis der Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft sowie Bescheinigung über die rückstandslose Beitragsentrichtung

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: 1) Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in ein amtliches Verzeichnis (Präqualifikationsverzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards, ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot entweder das ausgefüllte VHB Formblatt 124_LD "Eigenerklärung zur Eignung" oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in dem amtlichen Verzeichnis (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" bzw. in der EEE genannten auftragsspezifischen Einzelnachweise bzw. Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Verweise auf das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV) sind zugelassen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache

abgefasst sind,
ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Mit dem VHB
Formblatt 124_LD
werden folgende Angaben/Unterlagen gefordert: - Erklärung über den
Umsatz des Unternehmens
jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre -
Erklärung zu
Insolvenzverfahren und Liquidation - Erklärung zur Zahlung von Steuern,
Abgaben und
Beiträgen zur Sozialversicherung inkl. Nachweis:
Unbedenklichkeitsbescheinigung des
Finanzamtes 2) unterschriebene Vereinbarung zur Einhaltung der
Mindestanforderung
nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG) 3) Nachweis
einer Berufs- bzw.
Betriebshaftpflichtversicherung

Kriterium: *Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen*

Beschreibung: 1) Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der
Eignung für die zu vergebende
Leistung durch den Eintrag in ein amtliches Verzeichnis
(Präqualifikationsverzeichnis)
oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen
Zertifizierungsstandards,
ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz
von anderen
Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese
präqualifiziert
sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ergänzt durch
geforderte
auftragsspezifische Einzelnachweise. Präqualifizierte Unternehmen haben
mit Angabe
ihrer PQ-Nummer darauf zu achten, dass hinterlegte Referenzen den
auftragsspezifischen
Anforderungen genügen. Eine Nachforderung ist ausgeschlossen und führt
zum Ausschluss
aus dem Vergabeverfahren. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als
vorläufigen
Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot
entweder das ausgefüllte
VHB Formblatt 124_LD "Eigenerklärung zur Eignung" oder eine
Einheitliche Europäische
Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Bei Einsatz von anderen Unternehmen
sind auf gesondertes
Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die
anderen Unternehmen
präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in dem
amtlichen Verzeichnis
(Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt das Angebot in die
engere Wahl,
sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen)
auf gesondertes

Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" bzw. in der EEE genannten auftragsspezifischen Einzelnachweise bzw. Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Verweise auf das Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV) sind zugelassen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Mit dem VHB Formblatt 124_LD werden folgende Angaben/Unterlagen gefordert: - mind. 3 Referenzen zu Leistungen in den letzten drei Kalenderjahren, mit den Angaben: - Art der ausgeführten Leistung - des Auftragsvolumens - des Leistungszeitraumes - Auftraggebers (Kontaktdaten) Mindestvoraussetzung: mindestens ein Referenzprojekt muss einen öffentlichen Auftraggeber beinhalten (Bereich öffentlicher Dienst) - Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften

2) Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist das Formblatt 235 "Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen" ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen. Hinweis: Fachhändler und Versicherungsunternehmen sind nicht als Nachunternehmer im Angebot und den hierzu zählenden Vordrucken aufzuführen! 3) Bei Einsatz Bietergemeinschaften ist das Formblatt 234 "Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft" ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen

4) Auf Verlangen der Vergabestelle hat der Bieter darüber hinaus u.a. folgende Unterlagen/Angaben vorzulegen: - Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist das Formblatt 236 "Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen" - Nachunternehmer / Eignungsleihe einzureichen - sowie die unterzeichnete Vereinbarung Bieter/Auftragnehmer/Nachunternehmer/Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG).

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Weitere Informationen sind dem Formblatt 227 - Gewichtung der Zuschlagskriterien zu entnehmen.

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Servicequalität

Beschreibung: Weitere Informationen sind dem Formblatt 227 - Gewichtung der Zuschlagskriterien zu entnehmen.

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/02/2026 23:59 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen:

<https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YHWHFDH/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL:

<https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YHWHFDH>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung:

<https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YHWHFDH>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 03/03/2026 10:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 59 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist

teilweise ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: § 56 VgV: (2) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. [...] (3) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. (4) Die Unterlagen sind vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Datum des Eröffnungstermins: 03/03/2026 10:00 +01:00

Ort des Eröffnungstermins: Stadt Königs Wusterhausen Schlossstraße 3 Haus B, Raum B3.32/3.33 15711 Königs Wusterhausen

Eröffnungstermin - Beschreibung: Die Öffnung der ausschließlich elektronischen Angebote wird von mindestens zwei Vertretern des öffentlichen Auftraggebers gemeinsam an einem Termin unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist durchgeführt. Der Öffnungstermin findet ohne Beteiligung von Bieter und/oder deren Bevollmächtigten statt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:
Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: - Leistungsbeschreibung / Leistungsverzeichnis - FB 614 Besondere Vertragsbedingungen - FB 635 Zusätzliche Vertragsbedingungen - Ergänzende Vergabebedingung BbgVergG - Vereinbarung Mindestanforderungen BbgVergG - Vereinbarung Mindestanforderungen Nachunternehmer Verleiher BbgVergG - Allgemeine Vertragsbedingungen für die

Ausführung von Leistung
(VOL/B) 2003 ----- Folgende
Unterlagen

sind weiterhin mit dem Angebot einzureichen: - Russland-Bezug -
Eigenerklärung CSX
- Angebotsschreiben - Konzept siehe Ziffer 18 der Leistungsbeschreibung -
Versicherungsbedingungen
der Vollkasko- und Ausfallversicherung - Muster Überlassungsvertrag und
Entgeltumwandlungsvertrag
- Händlerliste inkl. Adressen und Kontaktdaten

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der teilnehmenden Unternehmen: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium
für Wirtschaft, Arbeit, Energie
und Klimaschutz

Informationen über die Überprüfungsfristen: Für die Einleitung eines
Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer müssen die Fristen
des § 160 GWB beachtet werden. Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die
Rügeobliegenheit
sowie die Präklusionsregeln des § 160 Abs. 3 S. 1 Teil 4, Kap. 1, Abschn. 2 GWB
hin.

Diese hat jeder Bewerber oder Bieter zu beachten, wenn er einen behaupteten
Verstoß

gegen das Vergaberecht geltend machen möchte. Im Einzelnen: § 160 (1) GWB:
Die Vergabekammer

leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. § 160 (2) GWB:
Antragsbefugt

ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in
seinen

Rechten nach § 97 Abs. 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend
macht.

Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der
Vergabevorschriften

ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. § 160 (3) GWB: Der Antrag ist
unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen
Vergabevorschriften

im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 (2) GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. § 134 GWB Informations- und Wartepflicht: "(1) Der Auftraggeber hat die betroffenen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. (3) Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. [...]"

§ 135 GWB Unwirksamkeit: "(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1. gegen § 134 verstoßen hat oder 2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser

Verstoß
in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. (2) Die Unwirksamkeit
nach
Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren
innerhalb
von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber
durch
den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht
später
als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der
Auftraggeber
die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht,
endet die
Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach
Veröffentlichung der
Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union."

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Königs Wusterhausen, Dezernat Finanz- und
Verwaltungsmanagement, Amt Verwaltungsmanagement,
Sachgebiet Vergabe/Vertragsmanagement

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Königs
Wusterhausen, Dezernat Finanz- und Verwaltungsmanagement, Amt
Verwaltungsmanagement,
Sachgebiet Vergabe/Vertragsmanagement

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Königs Wusterhausen, Dezernat Finanz- und
Verwaltungsmanagement, Amt Verwaltungsmanagement,
Sachgebiet Vergabe/Vertragsmanagement

Identifikationsnummer: 12-12992262151511-93

Postanschrift: Schlossstraße 3

Ort: Königs Wusterhausen

Postleitzahl: 15711

NUTS-3-Code: *Dahme-Spreewald* (DE406)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabe@stadt-kw.de

Telefon: +49 3375273-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Identifikationsnummer: t:03318661719

Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107

Ort: Potsdam

Postleitzahl: 14473

NUTS-3-Code: *Dahme-Spreewald (DE406)*

Land: *Deutschland*

E-Mail: Vergabekammer@MWAEK.Brandenburg.de

Telefon: +49 3318660

Fax: +49 3318661533

Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 824bfb87-aa7f-47af-8434-98c9ec1b3904 - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/02/2026 11:02 +01:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*